



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 18. Juni 2023

PRESSEINFORMATION

Essener Massentumulte werden Thema im Landtag: Witzel fordert konsequentes polizeiliches Handeln und mehr Ressourcen

Essens FDP-Landtagsabgeordneter Ralf Witzel hat die rohen Gewaltexzesse zwischen großen Gruppen von Syrern und Libanesen an diesem Wochenende aufs Schärfste verurteilt. Von der Essener Polizei und Justiz sowie Innenminister Herbert Reul fordert er Härte, Konsequenz und einen langen Atem bei der Bekämpfung derartiger Tumultdelikte von arabischstämmigen Migrantengruppen und ferner eine stärkere Berücksichtigung der von Clankriminalität betroffenen Polizeipräsidien bei der landesweiten Kräfteverteilung. Im Rahmen einer Parlamentsanfrage an den CDU-Innenminister und die grüne Integrationsministerin will Witzel alle Details zu den behördlichen Erkenntnissen der aktuellen Ausschreitungen und den Strategien der Regierung zur Bekämpfung dieser schockierenden Phänomene erfahren.

Witzel hält die Vorkommnisse vom Wochenende für absolut verstörend und nicht tolerabel: „Während der Oberbürgermeister die Bevölkerung zur Gastronomiemeile ‚Essen verwöhnt‘ in die Innenstadt einlädt, spielen sich in unmittelbarer Nähe chaotische Gewaltexzesse arabischstämmiger Großgruppierungen ab, die mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft und bestraft werden müssen. An derlei Machtdemonstrationen von Großfamilien im öffentlichen Raum wollen und dürfen wir uns nicht gewöhnen. Für die Beendigung der Clankriminalität brauchen wir leider noch einen langen Atem, mehr Personalressourcen und eine größere politische Rückendeckung. Die Gewerkschaft der Polizei kritisiert zurecht die Bremsklötze, die diese wichtige Aufgabe leider durch die grüne Regierungsbeteiligung erfährt, da die Grünen dieses Faktum für ein nur ‚aufgebauchtes Problem‘ halten, wie die grüne Fraktionsvorsitzende gern betont. Dabei hat in der Politik eine jahrelange Unkultur des Wegsehens erst die heutigen Probleme geschaffen, wenn bestimmte Personenkreise die Werteordnung des Grundgesetzes so entschieden ablehnen.“

Von der Landesregierung will die FDP erfahren, wie diese zukünftig mit den real vorhandenen Problemen in Essen und den benachbarten Ruhrgebetsstädten umzugehen gedenkt. Vor allem erwarten die Liberalen vom Land eine höhere Personalausweisung für diese arbeitsintensive Problemlage, die bislang bei der Belastungsbezogenen Kräfteverteilung (BKV), also der Personalausweisung des Innenministers an die einzelnen Kreispolizeibehörden, gar kein Kriterium ist.